



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 26.01.2018 Seite 10

NZZ_20180126_10.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch



KARIN HOFER

FOTO-TABLEAU

Schneeland 5/5

An eine Gartenlandschaft habe sie denken müssen, als sie die wie mit leichter Hand verteilten Tannen auf dem Julierpass ins Objektiv nahm, erinnert sich die NZZ-Fotografin Karin Hofer; der Eindruck habe sie heiter gestimmt – und tatsächlich: Sogar die Lawinerverbauungen im Hintergrund mit ihrem Wechsel horizontaler und vertikaler Strukturen wirken fast wie Schmuckelemente. Karin Hofers Aufnahmen sind nicht nur eine Hommage an den Schnee, der hier einmal nicht nach der Regel «je mehr, desto besser» ins Bild gesetzt wird; sie sind auch eine virtuose Erkundung der besonderen Akzentsetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten, welche die Schwarz-Weiss-Fotografie bietet.

Die Schweiz und Europa

Der Tanz um den heissen Brei

Gastkommentar

von DIETER FREIBURGHHAUS

Was ist eigentlich mit der schweizerischen Europapolitik los? Ein einziges Wechselbad der Gefühle! Da wird Tauwetter angesagt, eine «positive Dynamik» beschworen, und kurz darauf herrschen Stillstand und eisige Temperaturen. Die Masseneinwanderungsinitiative löste Panik aus, und eines Tages – Simalabim – war das Problem scheinbar verschwunden. Man kommt Brüssel mit einem Milliarden Geschenk entgegen und findet sich kurz danach auf einer grauen Liste der steuerrechtlich unsauberen Staaten wieder.

Das institutionelle Rahmenabkommen stehe unmittelbar vor dem Abschluss, wird uns gesagt, und wenig später, es sei vergiftet. Neuerdings streuen sich sogar Parteipräsidenten Asche aufs Haupt und gestehen, sich in Bezug auf die Dringlichkeit und Unausweichlichkeit eines solchen Vertrags getäuscht zu haben. Man verschiebt europapolitische Zuständigkeiten und wechselt den Aussenminister aus. Kurzfristig ruht alle Hoffnung auf einem Reset-Knopf, und nun weiss keiner, wo der sich versteckt hat. Und die sonst so gewandte vorjährige Bundespräsidentin lässt sich vom Kommissionspräsidenten nicht nur umarmen, sondern angeblich sogar über den Tisch ziehen!

In der Politik geht es oft drunter und drüber, aber ein solches Tohuwabohu, wie wir es derzeit in der Europapolitik erleben, ist dann doch ungewohnt – eine Mischung aus Lähmung und unkontrollierten spastischen Bewegungen. Dieser Politik fehlt jede feste Grundlage, auf die man aufbauen könnte. Es gibt keinen Kompass, der die Richtung vorgibt. Unter den politischen Kräften ist nicht mehr die Spur eines Konsenses darüber auszumachen, wohin die Reise gehen soll.

EWR im Giftschränk

Seit Jahren fehlt eine Auslegeordnung, welche strategische Varianten aufzeigen würde. Der vielgerühmte bilaterale Weg ist längst kein Weg mehr, sondern ein Labyrinth. Selbst der naheliegende und funktionierende EWR ist in den Giftschränk verbannt worden. Gift, wohin man blickt. Man erhält den Eindruck, es gebe bei den zuständigen Stellen keine hinreichend realitätshaltige Vorstellung mehr davon, was die EU ist, wie sie reagiert und was sie will. Und wer den Standpunkt Brüssels auch nur zu erklären bemüht ist, wird als Landesverräter gebrandmarkt.

Man kann es auch anders sagen: Offenbar ist der Schweiz jede ernstzunehmende Europapolitik abhandengekommen. Wie konnte es so weit kommen? Kein Zweifel, die sachlich-negotiatorischen Probleme sind vertrackt. Das Strommarkt abkommen ist weit gediehen, doch eine Voraussetzung für den

Zwischen den Realitäten einer Europapolitik und den souveränitätsseligen Anti-EU-Stimmungen tut sich ein tiefer Graben auf.

Abschluss wäre die völlige Öffnung des Strommarktes – und dieser stehen gewichtige Interessen entgegen. Die Abschaffung einiger von der EU monierter Steuerprivilegien wird in eine Unternehmenssteuerreform eingebettet, doch das Volk lehnt diese ab. Neue Binnenmarkt abkommen sind nur zu haben, wenn es mit dem institutionellen Arrangement vorangeht, doch da stehen die «fremden Richter» davor. Mit der Umsetzung des «Inländervorrangs light» harzt es, und eine Partei beginnt bereits Unterschriften für die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens zu sammeln. Gegen die Verschärfung des Waffenrechts wird wohl das Referendum ergriffen werden, und damit kommt Schengen unter Beschuss. Und die «Selbstbestimmungsinitiative» könnte das ganze bilaterale Kartenhaus zum Einsturz bringen.

Warum hat sich ein solcher Berg vertrackter und schier unlösbarer Probleme aufgehäuft? Wohl deshalb, so meinen wir, weil sich die Schweiz in einem Gespinnst von falschen Ideen, problematischen Doktrinen und Selbsttäuschungen in Bezug auf ihr Verhältnis zur Union verfangen hat. Einige Beispiele: Seit über zwanzig Jahren verlangt Bern von der EU immer neue Abkommen, immer neue Zugänge zum Binnenmarkt und die Teilnahme an unzähligen andern Aktivitäten. Meist erhielt sie das Gewollte günstig. Doch keiner hat je gefragt, ob diese Form der Integration nicht zu einer immer höheren Abhängigkeit von Brüssel führe. Wenn Gegenforderungen kommen, dann betonen wir unsere Nichtmitgliedschaft.

Wir möchten Zugang zu (fast) allen Märkten, doch die Rechts- und Kontrollmechanismen, welche für deren Funktionieren erforderlich sind, lehnen wir ab. Wir stellen die Personenfreizügigkeit – einen fundamentalen Baustein der EU – leichtfertig infrage und negieren die Guillotineklause. Oder wir fordern sogar, in offener Unkenntnis der Geschichte, deren Abschaffung. Wir verkaufen vor dem Volk die Kohäsionsmilliarde als grosszügiges Geschenk, obwohl es sich um den Eintrittspreis zum Binnenmarkt handelt. Wir passen täglich unsere Gesetze dem EU-Recht an und träumen gleichzeitig von einer Souveränität, über die angeblich unsere Vor-Vorfahren verfügt hatten. Wir wollten und sahen immer nur die wirtschaftliche Integration und begriffen nicht den zutiefst politischen Charakter des europäischen Integrationsprozesses. Und deshalb nahmen wir an, wir könnten à la carte teilnehmen, ohne die Zeche zu bezahlen.

Langmut am Ende

Wieso hat die EU dies so lange mitgemacht? Zunächst wohl deshalb, weil sie den Bundesrat mit seiner Beitrittsstrategie ernst genommen hatte. Als dann aber die Schweiz den bilateralen Weg zum Königsweg erklärte und auf ihm immer weiter

gehen wollte, wurde Brüssel gewahr, dass da einiges nicht mehr stimmte und dass die Schweiz besser gestellt wurde als die EU- und EWR-Mitgliedstaaten. Nun begann Brüssel, seine Forderung nach einem EWR-ähnlichen institutionellen Rahmen mit einigem Druck zu bewahren. Seit fünf Jahren tanzen wir inzwischen um diesen heissen Brei und hoffen, er möge sich von selbst abkühlen. Man ahnt irgendwie, dass es so nicht mehr lange weitergeht, doch die Alternativen pendeln bis jetzt nur zwischen Beschleunigen und Verzögern der Verhandlungen. Wenn aber die EU nach Jahren der Langmut zeigt, dass es ihr nun ernst ist, und sie dies durch die Befristung der Anerkennung der Äquivalenz der Börsenregulierung unterstreicht, heisst es in Bern und Umgebung: «So geht man mit Freunden nicht um!»

Die Schweiz im Spiegelkabinett

Warum aber kann die sonst als nüchtern und pragmatisch bekannte schweizerische Classe politique nicht aus ihrem selbstgebastelten Spiegelkabinett von Illusion und Verdrängung, Hysterie und Beschwichtigung, Hoffnung und Lähmung ausbrechen? Wohl deshalb, weil inzwischen jede Variante der Europapolitik das Fundament unseres staatlichen Selbstverständnisses angreift. Zwischen den Bedingungen, Interessen und Realitäten einer erfolgreichen schweizerischen Europapolitik einerseits und den populistisch aufgeladenen, souveränitätsseligen, kurzfristigen, medial verstärkten Anti-EU-Stimmungen im Volk andererseits tut sich ein tiefer Graben auf. Die direkte Demokratie und eine zielführende Europapolitik scheinen sich immer mehr unversöhnlich gegenüberzustehen. Da uns aus wirtschaftlicher Notwendigkeit jedoch nichts anderes übrig bleibt, als im Seitenwagen der EU weiter mitzufahren – vom Umsteigen in den Omnibus wollen wir gar nicht erst sprechen –, es aber beinahe unmöglich scheint, das Volk dafür zu gewinnen, kommt es zur beschriebenen spastischen Lähmung.

Nun, die Forderungen Brüssels können wir nicht mehr abwenden, das haben wir inzwischen begriffen. Und die EU wird auch nicht einfach verschwinden, wiewohl dies nicht wenige gehofft hatten. Noch weniger können wir das Volk abschaffen. Wir könnten aber dem Volk reinen Wein einschenken durch glaubwürdige Schankwirte. Es wird jahrelange intensive und mühsame Erklärungsarbeit erfordern, die Grundlage für eine vom Souverän gestützte und gebilligte neue Europapolitik zu legen. Und es ist noch keineswegs absehbar, ob sich dazu das Personal findet. Darin wenigstens sind wir Britannien ähnlich!

Dieter Freiburghaus ist emeritierter Professor für europäische Studien am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) der Universität Lausanne.